

Kurz berichtet

Landesregierung plant nach Fan-Krawallen einen Fußballgipfel

HEILBRONN (Isw) - Die grün-schwarze Landesregierung plant vor den Sommerferien einen Fußballgipfel mit Vereinsvertretern und dem Deutschen Fußball-Bund, um über das Vorgehen bei Fan-Krawallen zu sprechen. „Die Sicherheit im

Sport, gerade auch bei sportlichen Großereignissen, bekommen wir hin, wenn alle gemeinsam an einem Strang ziehen“, sagte Innenminister Thomas Strobl (CDU).

Zuvor hatte bereits Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) erklärt, dass er Fußballvereine bei Fan-Ausschreitungen in die Pflicht nehmen will. „Die Regierung wird mit den Vereinen sprechen. Fußball bindet jedes Wochenende riesige Polizeikräfte“, sagte Kretschmann der „Heilbronner Stimme“.

Beim Derby am vergangenen Sonntag in Stuttgart hatten Chaoten aus dem KSC-Fanblock unter anderem Leuchtraketen auf das Spielfeld geschossen. Das Heimspiel des VfB gegen Karlsruhe stand zwischenzeitlich kurz vor dem Abbruch.

„Der Fußball braucht die Fans. Aber wie hält man die Emotion so im Zaum, dass sich Gefühle nicht selbstständig? Damit müssen wir uns ernsthaft beschäftigen“, sagte Kretschmann weiter. Er hält es auch für möglich, dass sich die Fußballvereine künftig an den Kosten für Polizeieinsätze oder bei Schadensfällen beteiligen.



Die Krawalle beim Spiel zwischen dem VfB Stuttgart und dem Karlsruher SC haben die Politik auf den Plan gerufen. FOTO: DPA

Junge bringt Granate nach Hause

GINGEN (Isw) - Ein Junge hat in Gingen (Kreis Göppingen) eine 15 Zentimeter lange Granate gefunden und mit nach Hause genommen. Wie die Polizei mitteilte, legte sein Vater das Geschoss daraufhin in die Garage und rief die Beamten. Der Kampfmittelbeseitigungsdienst holte die Granate am Donnerstag ab. Sie war so stark verrostet, dass der Zünder freigelegt war. Die Spezialisten mussten die Granate erst entschärfen, bevor sie sie abtransportieren konnten.

Mehr Tempo bei Ausbau der Breitbandversorgung

STUTTGART (Isw) - Innenminister Thomas Strobl (CDU) will beim Ausbau des schnellen Internets einen Zahn zulegen. Binnen sechs Monaten seien rund 225 000 Haushalte erstmals an eine 50 Mbit/s-Leitung angeschlossen worden.

„Das sind etwas mehr als alle Haushalte aus den Kreisen Tübingen und Reutlingen zusammen“, betonte Strobl laut einer am Freitag verbreiteten Pressemitteilung. „Ein gutes Signal ist, dass wir in den vergangenen Monaten überdurchschnittlich zugelegt haben – und wir werden die Geschwindigkeit weiter kräftig erhöhen.“

SPD greift Kretschmann wegen Automobilpolitik an

STUTTGART (Isw) - SPD-Fraktionschef Andreas Stoch kritisiert die Autopolitik von Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne). „Was die Grünen hier machen, ist reine Doppelmoral“, sagte Stoch der „Heilbronner Stimme“. Die grün-schwarze Landesregierung plant in Stuttgart ab 2018 Fahrverbote für ältere Dieselaautos an Tagen mit hoher Feinstaubbelastung. Kürzlich hatte Kretschmann aber erklärt, er sei „ein Freund des Diesels“ und Fahrverbote seien nicht in Stein gemeißelt. Stoch sagte dazu: „Kretschmann versucht zu retten, was noch zu retten ist.“ Der Regierungschef habe „den Fahrverbotsbeschluss im Kabinett durchgewunken“ und erkenne jetzt, dass das ein Fehler gewesen sei.

Kampagne gegen Handys am Steuer gestartet

STUTTGART (Isw) - Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) hat unter dem Slogan „Watch out – Augen auf die Straße“ eine Kampagne gegen das Telefonieren am Steuer gestartet. „Ablenkung beim Autofahren bringt nicht nur die Fahrer, sondern insbesondere auch Unschuldige in Gefahr“, mahnte Hermann. 2016 wurden in Baden-Württemberg 58 866 Verstöße gegen das Handyverbot festgestellt.



Verkehrskontrollen sollen PS-Protzer bändigen

Sie kommen zusammen, um ihre frisierten Autos zu präsentieren, Motoren laut aufdrehen zu lassen – und teils auch, um sich illegale Rennen zu liefern. Ein festes Datum im Kalender von

Autotunern ist der Karfreitag, in der Szene als „Car-Freitag“ bekannt. Die Behörden reagieren auf die Verkehrsgefährdung mit Verboten und Verkehrskontrollen. Zu den Treffpunkten der

PS-Protzer gehört ein Industriegebiet in Singen (Foto: dpa). Dort untersagt die Stadtverwaltung Ansammlungen von mehr als fünf Fahrzeugen. Das Verbot gilt bis Ostersonntag. (sz/dpa)

Zu wenig Personal für Naturschutz

Umweltminister: Experten in Landratsämtern sind überlastet

Von Ulrich Mendelin

RAVENSBURG - Die Landkreise beklagen sich schon lange über eine Überlastung ihrer Naturschutzbehörden – nun sehen sie sich durch eine Studie für das baden-württembergische Umweltministerium bestätigt. Den Mangel bekommen auch Bürger zu spüren, etwa bei bestimmten Bauvorhaben. Zudem verursachen immer neue Gesetze und Richtlinien mehr Arbeit, ohne dass bei den Behörden entsprechendes Personal bereit steht.

Der Rangenberg bei Isny ist ein beschaulicher Ort, Spaziergänger blicken von hier auf das Voralpenland und die nahe Nagelfluhkette. Seit zweieinhalb Jahren können sie in der „Alphornkapelle zur Heiligen Cäcilia“ innehalten. Die „Adeleger Alphornbläser“ haben den runden Holzbau errichtet, auf dessen kupfergedecktem Dachstuhl ein Türmchen mit Glocke thront. Zur Weihe der Kapelle im September 2014 schaute sogar der Rottenburger Bischof Gebhard Fürst vorbei.

Die Glocke und der Uhu

Bevor sie die Kapelle bauen durften, mussten die Alphornbläser allerdings untersuchen lassen, ob der Bau den streng geschützten Uhu stören könnte. Noch 50 bis 70 Brutpaare leben in Baden-Württemberg, einige davon in der nahegelegenen Adelegg. Das Landratsamt Ravensburg forderte daher ein Uhu-Gutachten an. Fraglich war etwa, ob das Bimmeln der Glocke durch Spaziergänger oder Pilger den Uhu beim Brüten, bei der Balz oder der Jagd stören könnte.

Ergebnis des vierseitigen Papiers: „Das gelegentliche Läuten der Kapellenglocke stellt nur ein sporadisch auftretendes Ereignis während der Tagstunden dar“, deswegen „ist eine Beeinträchtigung des Uhu-Brutvorhabens bzw. der Individuen selbst nicht zu erwarten.“ Um diese

Erkenntnis dem Landratsamt schriftlich vorlegen zu können, mussten die Alphornbläser 750 Euro an ein Lindauer Planungsbüro zahlen, berichtet der Vereinsvorsitzende Frank Berlinger.

Ob es um ein Windrad geht, um einen Stall oder eben eine Kapelle: Für die naturschutzrechtliche Bewertung von Bauvorhaben in der freien Landschaft sind die Unteren Naturschutzbehörden der Kreise zuständig. Von den Stellungnahmen der hauptamtlichen Naturschützer hängt eine Genehmigung ab. Bei Verstößen gegen rechtliche Vorgaben können sie Auflagen aussprechen. Das kann – je nach Projekt – der Bau von Fledermauskästen sein oder der Schutz von Nistplätzen seltener Vögel. Im Fall der Kapelle am Rangenberg dürfen die Alphornbläser dort mögliche Feierlichkeiten nur im Spätsommer ausrichten, wenn Uhus weder brüten noch balzen.

Allerdings sieht eine Untersuchung im Auftrag des Landesum-

weltministeriums die Naturschutzverwaltung „zum Teil bereits über die Grenzen der Belastbarkeit hinaus gefordert“. „Gerade die Naturschutzverwaltung kämpft seit Langem damit, dass auf der einen Seite die Aufgaben zunehmen und zum Beispiel aufgrund europäischer und bundesrechtlicher Vorgaben immer komplexer werden, dass auf der anderen Seite aber die Personalausstattung mit den steigenden Ansprüchen nicht Schritt hält“, stellt Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) fest.

Einen immer größeren Teil ihrer Arbeitszeit müssen die Mitarbeiter der Untersuchung zufolge für Genehmigungsverfahren aufbringen. Für andere Tätigkeiten, darunter die Aus- und Weiterbildung, bleibt kaum Zeit. Das hat unter anderem zur Folge, dass jeder vierte Behörden-Naturschützer angab, „aufgrund fehlenden Wissens“ von einem Antragsteller „häufiger umfangreiche Gutachten und Unterlagen“ anzufordern. Mit anderen Worten: Zur Sicherheit

werden Gutachten eingeholt, die womöglich gar nicht nötig wären. Das kostet Geld und Zeit.

Einen weiteren Grund für die Überlastung der Naturschutzbehörden sieht der Allgäuer CDU-Landtagsabgeordnete Raimund Haser, naturschutzpolitischer Sprecher seiner Fraktion: Die Bereitschaft der Bevölkerung, gegen Bauprojekte vorzugehen, sei in jüngerer Zeit „extrem gewachsen“. „Wer etwas verhindern möchte, der hat bestimmte Möglichkeiten, und der Naturschutz ist eine davon“, sagt Haser. „Auf dem Rücken der Naturschutzverwaltung werden äußerst menschliche Streitigkeiten ausgetragen.“ Wichtig seien schnellere Verfahren – und frühzeitige Klarheit für Investoren, ob ein Projekt genehmigt werden kann oder nicht.

„Gravierende Vollzugsschwäche“

Zu den Aufgaben, die nach Ansicht der Mitarbeiter in der Naturschutzverwaltung zu kurz kommen, gehört die Kontrolle der einmal vorgeschriebenen Auflagen. In der Untersuchung für das Umweltministerium ist deswegen von einer „gravierenden Vollzugsschwäche“ die Rede und von einer „in der Gesamtschau negativen Bewertung der Effektivität der Naturschutzarbeit“.

„Wir haben ein immenses Vollzugsdefizit“, klagt auch Gerhard Bronner, Vorsitzender des Landesnaturschutzverbands. Zwischen den Kreisen gebe es erhebliche Unterschiede: Während die Naturschutzbehörde etwa in den Kreisen Ravensburg und Bodensee vergleichsweise gut aufgestellt sei, sei der Landkreis Sigmaringen – jedenfalls unter dem früheren Landrat – eher ein Negativbeispiel. Zwar würden Ehrenamtliche den Behörden Missstände und Verstöße gegen Naturschutzbestimmungen melden. „Aber in Kreisen, in denen die Personaldecke besonders eng ist, geht das unter.“

Landkreise: „Völlig unzureichend ausgestattet“

Der Landkreistag fordert von der Landesregierung Geld für 1,5 zusätzliche Stellen in der Naturschutzverwaltung für jeden Landkreis. „Wir haben das Land seit vielen Jahren darauf aufmerksam gemacht, dass wir für die erheblichen Mehraufwände völlig unzureichend ausgestattet sind“, sagt Landkreistags-Dezernent Alexis von Komorowski. Eine halbe zusätzliche Stelle pro Kreis erfordere allein die Umsetzung des 2015 noch von Grün-Rot novellierten Landesnaturschutzgesetzes, rechnet von Komorowski vor. Darüber hinaus würden insbesondere das EU-Artenschutzrecht und die Ökokontoverordnung des Lan-

des Mehrarbeit verursachen. Gerhard Bronner vom Landesnaturschutzverband hält die Forderung im Durchschnitt für plausibel. Auch CDU-Naturschutzsprecher Raimund Haser kann den Ruf nach mehr Personal nachvollziehen. „Bei einer sicheren Arbeitsgrundlage – auch durch die Entfristung von Arbeitsverträgen – könnte man das eine oder andere Verfahren sicher beschleunigen.“ Kürzlich hat der Landtag zu diesem Thema Verbände und Interessengruppen zu einer Anhörung eingeladen. Als Nächstes wird sich nun das Kabinett mit der Zukunft der Naturschutzverwaltung befassen. (ume)

DGB kritisiert mangelnde Kontrolle beim Fach Wirtschaft

Gewerkschaftsbund befürchtet übermäßigen Einfluss der Industrie – auch bei den Schulbüchern

STUTTGART (Isw) - Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) sorgt sich um die Umsetzung des Schul-fachs Wirtschaft in Baden-Württemberg. „Die Schulbuchzulassungsverordnung ist noch nicht erweitert worden auf das Fach Wirtschaft“, sagte die DGB-Vize-Chefin Gabriele Frenzer-Wolf der Deutschen Presse-Agentur. „Darin müsste geklärt werden, dass auch Schulbücher geprüft werden.“

Das Fach Wirtschaft wurde mit dem Bildungsplan 2015/2016 eingeführt. Tatsächlich unterrichtet wird es aber an weiterführenden Schulen erst im kommenden Herbst. Es soll neben grundsätzlichen wirtschaftlichen Zusammenhängen und Kenntnissen über die Arbeitswelt auch eine Orientierung für das spätere Be-

rufsleben geben. Ein Sprecher des Kultusministeriums bestätigte, dass für die Schulbücher des neuen Faches nur ein vereinfachtes Zulassungsverfahren gilt. Die Bücher müssen nicht von Gutachtern geprüft werden – eine Erklärung der Verlage reicht.

Unzufrieden mit Bildungsplan

Die Arbeitgeber können die Klage des Gewerkschaftsbunds nicht nachvollziehen. „Für die Zulassung von Schulbüchern gibt es klare Regelungen des Kultusministeriums“, sagte Stefan Küpper, Geschäftsführer des Arbeitgeberverbands. Die Arbeitgeber hielten den neuen Bildungsplan für gelungen.

Der DGB hatte früh Kritik an der Ausrichtung des Faches geäußert



Gabriele Frenzer-Wolf, stellvertretende Landesvorsitzende des DGB. FOTO: DPA

und unter anderem die Einbindung des Politikunterrichts gefordert. Zwar begrüße der DGB, dass nun auch Berufsorientierung an Gymnasien gelehrt werde, sagte Frenzer-Wolf. Jedoch: „Wir sind nicht zufrieden mit dem Bildungsplan.“ Es fehlten alternative ökonomische Ansätze. Auch der Lebensweltbezug komme am Gymnasium gar nicht vor. Dazu gehörten Kaufentscheidungen und der Umgang mit Geld.

Man sei zwar froh, dass Tarifverträge und Mitbestimmung als Thema vorkämen, sagte Frenzer-Wolf. Allerdings stimme die Gewichtung nicht – Unternehmertum nehme zu viel Raum ein. Der Großteil der Schüler werde nach der Schulzeit nicht als Unternehmer, sondern als abhängig Beschäftigter arbeiten.

TREUEPRÄMIE DER WOCHE:

BOSCH Akku-Bohrschrauber PSR 1080 Li-2, 1 Akku

Nur für Abonnenten, die uns 10 Jahre und länger treu sind.

Die heutigen Gewinn-Nummern:

4188030
4151092
4082242

AboKarte 2017

Vergleichen Sie Ihre Kunden-Nummer

Bei Übereinstimmung einfach bis zum 19.04. anrufen oder mailen: 0751 2955-5555

Mo bis Fr von 7 bis 18 Uhr, Sa von 8 bis 12 Uhr

lesertreue@schwaebische.de

Letzte Woche hat gewonnen Anton Hummel aus Ehingen

Schwäbische Zeitung

Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945

Erscheinungsweise: Werktäglich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Lichtenau, Laupheim, Leutkirch, Lindau, Markdorf, Meßkirch, Pfullendorf, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spangendingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Redaktion

Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)

Stellv. Chefredakteur: Andreas Müller, Christoph Plate;

Mitglied der Chefredaktion: Yannick Dillinger (digital); Jochen Schlosser (VD Redaktion); Politik: Claudia Kling; Wirtschaft: Benjamin Wagner; Gestaltung: Mark Hildebrandt; Seite Drei: Christoph Plate; Journal/Kultur: Barbara Miller; Sport: Filippo Cataldo;

Beilagen/Wochenende: Dirk Uhlenbruch; alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16

Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Katja Korf

Redaktion Berlin: Sabine Lenartz

Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub

Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel.

Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG, Weingarten und Ulm

Verlag

Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler

Karlstraße 16, 88212 Ravensburg;

Telefon 0751 / 2955-0; Telefax 0751 / 2955-991499

Anzeigen Telefon 0751 / 2955-991139

Geschäftsführer: Dr. Kurt Sabathil

Verlagsdirektor: Michael Meyer-Böhm

Verantwortlich für Anzeigen: Reinhard Hofer

Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt

Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann

Zeitungsproduktion: Klaus Zeller

Chef vom Dienst: Bernd Scheibitz

Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 69 vom 11.2017. Für den Inhalt der Lokalteile sind die Lokalredaktionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Ausspernung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555

Telefax: 0751 / 29 555 556

E-Mail: aboservice@schwaebische.de

E-Mail: redaktion@schwaebische.de